

## Sechs Jahre grün dominierte Schulpolitik – Entwicklung zur leistungslosen Schule in NRW

1. Rot-grüner Koalitionsvertrag 2012 – 2017, Zitat: „*Wir wollen unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten.*“ Davon hat Rot-Grün nichts erreicht. Das Bildungssystem ist weder gerechter noch leistungsfähiger geworden.
2. Petra Stanat, Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (Berlin), erklärt auf die Frage, warum u.a. Nordrhein-Westfalen in Bildungsvergleichen so schlecht abschneidet: „*Ich habe in Ländern, die in den Vergleichsstudien schlecht abschneiden, die Hypothese gehört, es könnte an einer zu geringen Leistungsorientierung liegen. Es könnte sich lohnen, gemeinsam der Frage nachzugehen, inwieweit Lehrkräfte ihren Schülern zu geringe Leistungserwartungen entgegenbringen und ob sie Leistung eher mit Druck und Stress verbinden als mit Lernfortschritten und Erfolgserlebnissen.*“ (Die Zeit, 03.11.2016).
3. „Die Zeit“ bezeichnet Nordrhein-Westfalen sogar als eines der „Bildungsschmuddelkinder“ (Die Zeit, 03.11.2016).
4. Nicht nur von den eigenen Grünen wird befürchtet, Frau Löhrmann drohe zum „Problembär“ zu werden (Express, 18.9.2016). Laut Presse „lästert“ man inzwischen sogar in der SPD über das „schulpolitische Phantasia Land“ und die „Wünsch-Dir-was-Pädagogik“ der Ministerin. (hier zu G8/G9; Aachener Nachrichten, 27.10.2016).

### 1. Schulische Leistungsvergleiche/ Studien:

Seit Jahren schneidet Nordrhein-Westfalen bei Schulleistungsvergleichen mittelmäßig bis schlecht ab:

- Bereits 2012 hatte Nordrhein-Westfalen beim IQB-Ländervergleich zum Erreichen der Bildungsstandards **im MINT-Bereich** verheerend abgeschnitten. Bei der Überprüfung der Kompetenzen in der neunten Jahrgangsstufe belegte NRW in **Mathematik den 14., in Biologie und Chemie den 15. und in Physik sogar nur den 16. Platz.** Überzeugende Aktivitäten wurden aus FDP-Sicht

nicht ergriffen, die Forderung nach einer Fortbildungsoffensive etwa bei fachfremdem Unterricht wurde abgelehnt.

- Laut statistischem Bundesamt (Destatis) landet NRW bei den **Pro-Kopf Ausgaben je Schüler** regelmäßig insbesondere bei Grundschulen (mit) am Ende der Bundesländer. Gleiches gilt für die Grundmittel je Student.
- Im Bildungsmonitor 2016 hat NRW bei den **Betreuungsbedingungen in Schulen und Hochschulen** nur den letzten Platz erreicht, ebenso bei der **beruflichen Bildung**. Auch bei der **Bildungsarmut** schneiden nur die Stadtstaaten schlechter ab als NRW.
- Der Anteil von Jugendlichen **ohne Hauptschulabschluss** sinkt im Vergleich zu strukturell vergleichbaren westdeutschen Bundesländern langsamer (Vergleichsstudie für die FDP-Landtagsfraktion).
- Im "**Länderindikator 2015 – Schule digital**" hat NRW ebenfalls nur mittelmäßig abgeschnitten (ein „Ranking“ gibt es hier nicht).
- **IQB Sprachen 2016:** Im traditionell besseren Bereich **Englisch** zwar leichte Verbesserungen sowie Platz 5, aber immer noch unter dem Bundesdurchschnitt der Ergebnisse. In **Deutsch teilweise Verschlechterungen, beim Lesen, Zuhören und Rechtschreibung** nur Plätze 12/13. In Orthografie sind nur die Stadtstaaten schlechter.
- Während es einerseits eine **Bestnoteninflation** z.B. im Abitur gibt, die Wissenschaftler auf leichtere Aufgaben zurückführen, liegen NRW-Schüler in **Leistungsvergleichen oftmals in Leistungspunkten um Schuljahre** zurück.
- Unter Frau Löhrmann hat Intransparenz System. Obwohl andere Bundesländer die **Ergebnisse z.B. der Qualitätsanalyse** der einzelnen Schulen veröffentlichen, wird diese Transparenz für Eltern und Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen konsequent verweigert. Ebenso hat es Frau Löhrmann abgelehnt, sich für die **Wiedereinführung von PISA-E** stark zu machen, die weitergehende Ländervergleiche der PISA-Studien ermöglichen würde. Zwischenzeitlich wird eine solche Wiedereinführung **sogar von der Bundesbildungsministerin** gefordert.
- Rot-Grün hat 7 Jahre einen neuen Bericht zu den **Ergebnissen der Qualitätsanalyse** nordrhein-westfälischer Schulen verschleppt. Die nun vorgelegten Ergebnisse des Berichts „Qualitätsanalyse in Nordrhein-Westfalen - Landesbericht 2016“ zeigen: Das soziale Klima an den Schulen ist gut, **die individuelle Förderung funktioniert überwiegend nicht. Spürbare Verbesserungen sind unter Rot-Grün seit dem letzten Bericht 2009 offensichtlich nicht erreicht worden.**
- Rot-Grün hat sich insbesondere die Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler auf die Fahnen geschrieben. Dies misslingt deutlich. Ein Vergleich der **Ergebnisse der Lernstandserhebungen** von 2011 und 2016 in Mathematik sowie Deutsch (Lesen) an **Hauptschulen sowie „Schulen des**

**längeren gemeinsamen Lernens“** zeigt, dass der Anteil schwächster Schülerinnen und Schüler, **die nur niedrigste Niveaustufen erreichen, angestiegen ist.**

- Gleichzeitig verdeutlichen die **Ergebnisse der Lernstandserhebungen an integrierten Schulformen**, dass viele Schülerinnen und Schüler lediglich geringste Kompetenzniveaus erreichen.
- Auf **7 Milliarden Euro wird der Sanierungsbedarf an nordrhein-westfälischen Schulen geschätzt.** Rot-Grün stellt nun mit dem trotz Rekordsteuereinnahmen schuldenfinanzierten Programm „Gute Schule 2020“ **lediglich 2 Milliarden Euro zur Verfügung.** Nachdem Rot-Grün die Schul- und Bildungspauschale nicht einmal erhöht hat, werden die Gelder nun auch noch so verteilt, dass der einzelne Schüler in unterschiedlichen Kommunen unterschiedlich viel wert ist. **Zwar hat die Bundesbildungsministerin ein „Digitalprogramm“ für Schulen mit Umgehung des Kooperationsverbots einerseits, die Bundesländer eine Änderung der Kooperationsverbots andererseits angekündigt.** Zum jetzigen Zeitpunkt handelt es sich jedoch lediglich **um Absichtserklärungen.**

## **2. Abbau Leistungs- und Qualitätsstandards/ unzureichende Fokussierung auf die Unterrichtsqualität:**

Kontinuierlich werden Leistungs- und Qualitätsstandards abgesenkt, Rot-Grün forciert den Weg zur „leistungslosen Schule“:

- Jegliche **Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung** wurde abgeschafft, was für manche Kinder überehrgeiziger Eltern zur Überforderung führt.
- Die **Ziffernotenvergabe an Grundschulen** kann so weit nach hinten geschoben werden, dass Ziffernoten erst im ersten Halbjahr der 4. Klasse unmittelbar im Zusammenhang mit der Schulformempfehlung erteilt werden.
- Im Bereich „Schreiben lernen“ verweigert die Ministerin Korrekturen, obwohl **„Lesen durch Schreiben“ und abgeleitete Methoden** gerade bei leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern wissenschaftlich umstritten sind und von vielen Eltern heftig kritisiert werden. 2016 wurden NRW im IQB-Vergleich gerade auch im Bereich Orthografie besondere Probleme bescheinigt.
- An **Grundschulen wurde jahrgangsübergreifendes Lernen sogar von Klasse 1 bis Klasse 4** ermöglicht, obwohl in anderen Bundesländern bei zu „exzessivem“ jahrgangsübergreifenden Unterricht große Probleme entstanden sind.
- **Ziffernoten für das Arbeits- und Sozialverhalten wurden abgeschafft.** Fachlich schwächeren Kindern wurden Profilierungsmöglichkeiten etwa bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz genommen. Durch lediglich mögliche

schriftliche Bemerkungen werden die Kinder ungleich behandelt. Betriebe beklagen in diesen Bereichen große Defizite, gleichzeitig stellen manche Schulen entsprechende Notenzeugnisse nun illegal zur Verfügung.

- In **Sekundarschulen wird in 5. und 6. Klassen integriertes Lernen** erzwungen. Selbst wenn es an den Schulen gewünscht wäre, dürfte nur „binnendifferenzierender“ Unterricht erfolgen.
- Während Frau Löhrmann in der Debatte um G8/G9 in Zeitungsartikeln erklärt, wie erfolgreich **Fachleistungsdifferenzierung in Grund- und Erweiterungskursen** an Gymnasien und Gesamtschulen funktioniere, erwähnt sie nicht, dass sie selber an Gesamtschulen die Möglichkeit eröffnet hat, die äußere Fachleistungsdifferenzierung abzuschaffen.
- Kritik an einer unzureichenden **Förderung begabter Schülerinnen und Schüler** kontert Schulministerin Löhrmann mit Verweis auf das von ihr gegründete **Netzwerk Zukunftsschulen**. Vertreter der Schulaufsicht hingegen erklären im Bericht zur Qualitätsanalyse 2016: *„Wie kann es sein, dass Schulen im Netzwerk „Zukunftsschulen“ nicht durch von der QA erhobene Daten zu Referenzschulen werden, sondern vor allem durch Selbsteinschätzungen?“* Die angebliche rot-grüne Begabtenförderung fußt auf keiner transparenten Basis und sogar ihre eigene Schulaufsicht spricht der Schulministerin inzwischen ein fundiertes Qualitätsverständnis ab.
- Bei der **Inklusion werden Qualitäts- und Leistungsstandards** etwa zur Personal- oder Sachausstattung radikal verweigert.
- Auch beim **Ganztag** verweigert Rot-Grün die von der FDP und der Wissenschaft geforderten Qualitätsstandards.
- **Klassenwiederholungen** sollen nach Willen von Rot-Grün möglichst verhindert werden, den Schulen wird massive Bürokratie durch individuelle Förderpläne zugemutet, statt Zeitressourcen für die individuelle Förderung zur Verhinderung von Wiederholungen zu nutzen.
- Auch **Schulformwechsel** sollen möglichst verhindert werden, selbst wenn ein Kind den Leistungsanforderungen nicht entsprechen kann. Die Grünen haben sogar einen Beschluss gefasst, wonach **jedes einmal an einer Schule aufgenommene Kind dort zu einem ersten Abschluss „gefördert“ werden muss**. Ein weiterer Schritt zur Einheitsschule, **schleichende Entwertung von Abschlüssen**.
- Mit der **Novellierung der Lehrerausbildung** sind Fachkenntnisse in manchen Lehrämtern gegen den Widerstand von Universitäten und betroffener Lehrerverbände deutlich abgesenkt worden. Untersuchungen weisen z.B. aber bei fachfremdem Unterricht darauf hin, dass **geringere Fachkenntnisse der Lehrkräfte den Lernerfolg** der Schüler beeinflussen.

### **3. Benachteiligung Schulformen:**

Rot-Grün gewährt Schulformen und Schulversuchen des so genannten „längeren gemeinsamen Lernens“ große Ressourcenprivilegien, gleichzeitig werden die anderen Schulformen vernachlässigt:

- An **Grundschulen können einen Vielzahl von Leitungsstellen** nicht besetzt werden. Rot-Grün hat eine verbesserte Besoldung aus den Bundesentlastungen bei der BAföG-Finanzierung konsequent verweigert, kündigt jetzt aber im Wahlkampf allerlei Wohltaten für Grundschulen an. NRW landet am Ende der Bundesländer bei den **Pro-Kopf-Ausgaben für Grundschüler**.
- Durch die Erhöhung der **Mindestgröße für Förderschulen** sind eine Vielzahl der Schulen zur Schließung gezwungen worden. Gleichzeitig wurde in den **Bereichen Sprache und Emotionale Entwicklung die Schüler-Lehrer-Relationen stark verschlechtert**, wodurch die Klassengrößen deutlich angestiegen sind.
- **Gymnasien und Realschulen** werden systematisch benachteiligt. Von Grünen wurde eine Position, eine stärkere Profilbildung nicht integrierender Schulen abzulehnen und damit de facto Kinder nicht besser fördern zu wollen, explizit als „nicht skandalös“ und damit sozusagen als legitime Position bezeichnet.
- Die Anzahl der benötigten Schülerinnen und Schüler pro Zug bei **Errichtung einer Schule** wurde für Gesamt- und Sekundarschulen auf 25 abgesenkt (an Gymnasien und Realschulen 28).
- Für Gesamtschulen und Sekundarschulen wurden im Schulgesetz klare Regelungen und Rechte bei der **Teilstandortbildung** im Schulgesetz verankert, für Gymnasien und Realschulen gilt dies nicht.
- Generell stehen Gymnasien und Realschulen bei der Anzahl der Schulen im gebundenen Ganztags schlechter da. Eine **Flexibilisierung des Ganztags**, die gerade diesen Schulformen helfen würde, wird von Rot-Grün verweigert.
- An Gymnasien wurden im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs rund **2.000 Stellen abgebaut**, obwohl die Gymnasien darüber hinaus über eine **strukturelle Lehrerstellenlücke von mehr als 1.000 Stellen** verfügen.
- An **Berufskollegs wurden 500 Stellen abgebaut**, um den angeblichen Erfolg der rot-grünen „Präventionspolitik“ zu belegen. Ein Zusammenhang zwischen der rot-grünen Politik und möglichen Stellensparnissen ist allein schon chronologisch unmöglich.

- Eine wirkliche Flexibilisierung bei der **Fachklassenbildung an Berufskollegs** hat Rot-Grün verweigert. Als Folge werden bei der dualen Ausbildung vielfach wohnortnahe berufsschulische Angebote wegbrechen.
- Zwar werden den **Berufskollegs** mehrere hundert Stellen für „multiprofessionelle Teams“ bei der **Inklusion** bereitgestellt. Eine Besetzung mit Sonderpädagogen scheint jedoch zweifelhaft, auch hat die Landesregierung wieder **kein begleitendes Konzept** vorgelegt.

#### 4. Schulstruktur:

So genannte „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens werden bei Ressourcen, Organisation oder auch multiprofessioneller Unterstützung deutlich bevorzugt:

- Zu der **Bevorzugung** siehe auch Abschnitt 3.
- Durch **Tricks vor Ort wird die Gründung von „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ gezielt forciert**. Manche Elternbefragungen sind fragwürdig ausgestaltet, so werden z.B. Differenzierungsmöglichkeiten an Sekundarschulen gezielt weggelassen. Letztlich wurden **die Eltern „getäuscht“**, ohne dass die Schulaufsicht eingreift.
- Für Schulen kann **das Anmeldeverfahren vorgezogen** werden. Dies führt z.B. in rot-grün dominierten Kommunen dazu, dass Schülerströme gezielt etwa an Gesamtschulen gelenkt werden. Eltern werden zulasten ungewollter Schulformen „manipuliert“.
- Zusätzliche Stellenprivilegien wie z.B. Besserstellungen bei Klassengrößen, Differenzierungs- oder Versuchszuschläge summieren **sich bei integrierten Schulformen/Schulversuchen auf über 500 Lehrerstellen** (Vorlage 16/4399), obwohl an vielen Schulformen eine strukturelle Lehrerversorgungslücke von insgesamt mehr als 3.000 Stellen besteht (so genannte Kienbaumlücke).
- **Primusschulen** stellen bei massiven zusätzlichen Ressourcen den Prototyp der „leistungslosen Einheitsschule“ dar. Von Klasse 1 bis Klasse 10 gibt es weitgehend keine Klassenwiederholung, keine Ziffernnoten und es kann umfassend jahrgangsübergreifend unterrichtet werden. Da das Elterninteresse gering ist und von ursprünglich 15 geplanten Schulen nur 5 zustande gekommen sind, **werden nun eigene Vorgaben des Ministeriums nicht beachtet**, um die wenigen Schulen dieses „Schulversuchs zur leistungslosen Einheitsschule“ bei sinkenden Anmeldungen zu retten.
- Trotz vielfältiger Privilegien wie kleinere Klassen, leichtere Errichtungsbedingungen, Lehrerstellenzuschläge oder auch das verbindliche Recht auf einen Ganzttag sind bereits **wenige Jahre nach Gründung rund 10 Prozent der Sekundarschulen bei den Anmeldungen unter die Mindestgröße gefallen**,

weitere rund 10 Prozent sind bedroht. Zu der bereits frühzeitig absehbaren Entwicklung hatten Grüne öffentlich angedeutet, die Sekundarschulen könnten – letztlich gezielt gesteuert – durch die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlingskinder in den Klassen sozusagen „künstlich beatmet“ werden. Offiziell beträgt der **An teil ausländischer Schülerinnen und Schüler an Sekundarschulen nun 33,6 Prozent, der mit Abstand höchste Anteil aller Schulformen**. Der Durchschnitt beträgt 14 Prozent.

- Durch die **erleichterte Gründung von Gesamtschulen wachsen über 100 zusätzliche gymnasiale Oberstufen auf**. Bereits heute erreicht eine beträchtliche Anzahl von Gesamtschuloberstufen nicht die benötigte Mindestschülerzahl. Künftig droht bei rückläufigen Schülerzahlen ein Kannibalisierungsprozess zwischen Oberstufen der Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs. Durch das **geringere Fachangebot bei „Mini-Oberstufen“** droht in manchen Kommunen ein qualitativ fragwürdiges „Notabitur“.
- Rot-Grün versucht **Ergebnisse von Lernstandserhebungen an den unterschiedlichen „Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens“ durch Zusammenfassung von Schulformen zu vertuschen**. Erst nach parlamentarischen Nachfragen werden Ergebnisse für die einzelnen integrierten Schulformen bereitgestellt, die **deutliche Defizite, z.B. im Bereich leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler** insbesondere an Sekundarschulen, aber auch Gesamtschulen offenbaren.
- Sowohl die SPD als auch die Grünen haben in Parteitagsbeschlüssen – nach dem so genannten Schulkonsens – beschlossen, dass sie weiterhin die **„Eine Schule für Alle“ und damit die Abschaffung aller bisherigen Schulformen anstreben**.

## **5. Ganztag:**

Schulformen werden ungleich behandelt. Eltern fehlen Angebote, ein qualitatives Vorranschreiten wird von Rot-Grün verhindert:

- Den **„Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ wird ein automatischer Ganztag** zugestanden, aus dessen Stellen z.B. auch Schulsozialarbeit finanziert werden kann.
- **Gymnasien und Realschulen stehen bei dem Ganztagsangebot deutlich schlechter da**, auch wenn gegenwärtig jeder Antrag genehmigt wird.
- Von besonderer Bedeutung wäre für **Gymnasien und Realschulen eine Flexibilisierung des Ganztags**, so dass bei vierzügigen Schulen z.B. 2 Züge im Ganztag und 2 Züge im Halbtage geführt werden, wie es auch tradiert an mindestens einem Gymnasien in Nordrhein-Westfalen gehandhabt und mit Zügen im Ganztage an Schulen in anderen Bundesländern möglich ist. Obwohl ein solches Konzept auch z.B. von den Elternvertretungen ge-

wünscht war, blockiert Rot-Grün eine bedarfsgerechte Flexibilisierung zu lasten der Schüler, Eltern und Schulen – **offensichtlich auch, weil die bevorzugten Schulformen bereits in der Regel Ganztagschulen sind.**

- **70 Prozent der Eltern wünschen sich laut Umfragen ein Ganztagsangebot.** Die FDP hat die zeitnahe Einführung eines **Rechtsanspruches** auf einen Ganztagsplatz gefordert, weil z.B. auch an Grundschulen viele Eltern den gewünschten Ganztagsplatz nicht erhalten. Rot-Grün weigert sich, hier initiativ zu werden.
- Um mehr Qualität im Ganzttag sicherzustellen, hat die FDP ebenso wie die Wissenschaft und viele Eltern **Qualitätsstandards für den Ganzttag** gefordert. Rot-Grün lehnt die Etablierung solcher Qualitätsstandards ab.

## **6. Inklusion:**

Die Einführung der Inklusion ist bei unzureichendem Fachpersonal, mangelnder Ausstattung und ohne Qualitätsstandards erfolgt. Gleichzeitig werden Eltern schrittweise Wahlmöglichkeiten genommen:

- Rot-Grün hat den aufwachsenden **Rechtsanspruch zur Inklusion** an Grundschulen und Schulen der Sek I vollkommen überstürzt eingeführt –obwohl nahezu hundert Experten aus allen Fachbereichen SPD und Grüne unisono vor so einer Umsetzung gewarnt haben. Unmittelbar nach Einführung des Rechtsanspruches bezeichnete das Ministerium bereits **fast 2.800 Schulen als „Schulen des gemeinsamen Lernens“**.
- **Es fehlt an einer Vielzahl von Schulen sonderpädagogische Unterstützung.** Für fehlende Sonderpädagogen macht Rot-Grün die frühere schwarzgelbe Koalition verantwortlich, obwohl die unzureichenden Personalkapazitäten bekannt waren und unter Rot-Grün völlig überstürzt tausende Schulen zu „Inklusionsschulen“ wurden.
- Rot-Grün hat eine **sonderpädagogische Zusatzausbildung „VOBASOF“** eingeführt, von der andere Bundesländer die Finger gelassen haben, da sie ohne universitäre Anbindung erfolgt. Die ursprünglich geplanten 250 Teilnehmer pro Kohorte (insgesamt 2.500) sind immer weiter eingebrochen, 2016 haben sich zu beiden Terminen insgesamt nur noch 65 Teilnehmer angemeldet.
- Rot-Grün hat bewusst die **Setzung von Basisstandards zur Qualitätssicherung vermieden**, um bei Prozessen mit Schulträgern zu Konnexitätsfragen die rechtliche Position zu stärken. Den Preis für dieses unverantwortliche Vorgehen bezahlen nun Schüler, Eltern und Lehrer.
- An vielen Schulen fehlt es an **qualitativ hochwertiger Fortbildung, an der Sachausstattung, an multiprofessioneller Unterstützung.**



- Durch Änderungen bei den Mindestgrößen wurde eine Vielzahl von **Förderschulen zur Schließung gezwungen**. Die Schließungswelle wird sich absehbar fortsetzen. **Wahlmöglichkeiten für Eltern** laufen wegen nicht mehr erreichbarer Entfernungen schleichend leer.
- Gleichzeitig wurden die Schüler-Lehrer-Relationen und damit die **Rahmenbedingungen für einige Förderschwerpunkte (Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung) an Förderschulen so verschlechtert (von 7,83 auf 9,92)**, so dass die Klassengrößen deutlich angestiegen sind.
- Rückmeldungen aus unterschiedlichen Verbänden und von Schulen zeigen, dass sowohl an Regelschulen als auch an Förderschulen die **Zahl der behinderten Kinder steigt, die nur noch eingeschränkt oder auch weitgehend gar nicht mehr beschult werden**. Lange hat Rot-Grün eine Erfassung als nicht notwendig abgetan, erst durch deutlichen Druck hat die Ministerin nun eine Erhebung begonnen.
- Insbesondere an **Schulen mit langjährigen „inkluisiven“ Erfahrungen haben sich die Rahmenbedingungen so verschlechtert**, dass sie erklären, die langjährige erfolgreiche Arbeit nicht mehr fortsetzen zu können. Dafür werden mit dem Haushalt 2017 nun 200 Stellen für Schulen bereitgestellt, die als Change-management sozusagen die sich verschlechternden Rahmenbedingungen abfedern bzw. erläutern sollen.
- Neben den Grundschulen und den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen wurde zum Schuljahr 2016/2017 nun auch ein **Rechtsanspruch für Berufskollegs** eingeführt. Auch hier hat Rot-Grün trotz gegenteiliger Ankündigungen kein inhaltliches Konzept vorgelegt.

## **7. Flüchtlinge:**

Auch im Bereich der Flüchtlingsbeschulung setzt Rot-Grün eine ideologische Politik zulasten aller Beteiligten um:

- Mit einem neuen Erlass werden trotz heftiger Kritik von Lehrerverbänden **Vorbereitungsklassen deutlich zurückgedrängt**. Natürlich sollen Flüchtlingskinder möglichst zügig in Regelklassen integriert werden. Aber gerade in Ballungsräumen muss die Möglichkeit bestehen, ohne Einschränkungen mit Vorbereitungsklassen auf den Regelunterricht vorzubereiten. Insbesondere die Grünen erklären fälschlich, dass Schulen weiterhin entscheiden. Im alten Erlass lag die Entscheidung zur Einrichtung der Vorbereitungsklasse der die Klasse tragenden Schule. Laut neuer Rechtslage werden solche „Klassen zur vorübergehenden Beschulung“ **allein durch die Schulaufsicht eingerichtet**. In unterschiedlichen Bereichen liegt eine erhebliche Abweichung vom bisherigen Rechtszustand vor. Während insbesondere die Grünen den Eindruck erwecken, dass sich inhaltlich nichts geändert habe und sich „Missverständnisse“ zwischenzeitlich aufgeklärt hätten, erklärte z.B. der Vorsitzende des Hauptpersonalrates

vom Philologenverband noch im September: „*Der HPR befürchtet, dass spätestens nach der Übergangsfrist alle Flüchtlingskinder, unabhängig von ihren Deutschkenntnissen, sofort Regelklassen besuchen sollen*“.

- Viele Schulen sind mit der gegenwärtigen Flüchtlingsbeschulung überfordert, da es trotz zusätzlicher Stellen oftmals z.B. **an fachlich qualifiziertem Personal oder multiprofessioneller Unterstützung** fehlt. Die dem Schulministerium unterstellte Schulaufsicht hat Schulen empfohlen, Flüchtlingskinder im „Schichtbetrieb“ zu unterrichten. Die grüne Schulministerin hat dies auf Nachfrage im Ausnahmefall explizit für möglich erklärt.
- Rot-Grün hat die von der FDP geforderte **Ausweitung der Schulpflicht für Flüchtlinge auf 25 Jahre konsequent verweigert**, damit fallen viele junge Menschen aus dem System. Die Stiftung Mercator hat Handlungsbedarf angemahnt, der Katholikenausschuss der Stadt Köln warnte unlängst vor einem „Prekariat“ und forderte, die Landesregierung müsse „Kollegs“ für Flüchtlinge bis 25 Jahre öffnen.
- Nach monatelanger Verschleppungstaktik erklärte die Ministerin plötzlich, **dass ältere Geflüchtete bis zu 25 Jahren** sich im nicht verbindlichen Programm „Fit für mehr!“ bis zu einem Jahr lang auf einen erfolgreicherer Einstieg in eine reale Ausbildung oder Erwerbstätigkeit vorbereiten und im Rahmen des weiteren Schulbesuchs in Verbindung mit Maßnahmen der Arbeitsagentur auch einen Schulabschluss erwerben könnten. Alleine bis zum Startbeginn dieser Maßnahme am 1. Februar 2017 an Berufskollegs ist durch grünes Missmanagement viel wertvolle Zeit vertan worden. **Gleichzeitig erfolgt dieses Programm ohne Rückkopplung mit den beruflichen Schulen, die sich deutlich gegen diese Ausgestaltung zulasten ihrer Fachlichkeit wehren.**
- Am 17. November 2016 kritisierte darüber hinaus der Flüchtlingsrat NRW, **dass tausende Flüchtlingskinder nicht beschult würden.** Hierzu zählten demnach nicht nur Kinder in Landesunterkünften, sondern es würden auch bereits Kommunen zugewiesene Kinder auf einen Schulplatz warten müssen.
- Laut Rückmeldungen aus Schulen drängt die Schulaufsicht darauf, Flüchtlingskinder nach den Vorbereitungsklassen **nicht mehr nach Eignung auf Schulformen „zu verteilen“.** Dies **überfordert die Kinder und widerspricht der Gleichbehandlung,** offenbar Flüchtlingskinder sollen offensichtlich **als Objekt für die ideologische „Vergesamtschulung“ des Schulsystems „missbraucht“ werden.**

## **8. Schulleitungsbesetzung:**

Leitungsfunktionen an Schulen sind für eine qualitative Weiterentwicklung von Schulen von besonderer Bedeutung. Dennoch hat Rot-Grün trotz entsprechender Vorschläge der FDP lange Zeit zu wenig getan, um der Problematik unbesetzter Leitungspositionen entgegenzuwirken:

- Laut letztem Stand (29.04.2016) sind an nordrhein-westfälischen Schulen **insgesamt 727 Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter unbesetzt**. Dies entspricht fast 14 Prozent der Stellen.
- Gleichzeitig waren zum genannten Zeitpunkt sogar **976 Stellen für Stellvertretungen unbesetzt**. Dies entspricht über 22 Prozent der Funktionsstellen.
- Besonders dramatisch ist die **Situation an Grundschulen**. Dort waren zum genannten Zeitpunkt 308 Schulleitungsstellen (fast 12 Prozent), bei Stellvertretungen sogar 583 (über 30 Prozent) Stellen vakant.
- Zwar hat sich Rot-Grün nach langem Zögern und auf Druck der FDP dazu entschlossen, Schulleitungen an Grund- und Hauptschulen besser zu besolden. Dies gilt jedoch **nicht für stellvertretende Schulleitungen. Es fehlt an vielen Grundschulen nach wie vor die Möglichkeit, Stellvertreterpositionen einzurichten**.
- Darüber hinaus wird die grundsätzlich erfreuliche finanzielle Verbesserung für Leitungsfunktionen an Grund- und Hauptschulen **nichts an der Problematik unbesetzter Führungspositionen an anderen Schulformen verändern**.

## 9. Chancen der Digitalisierung nutzen:

Dem Einsatz digitaler Medien und der Vermittlung von Medienkompetenz kommt für das Schulleben eine stetig wachsende Rolle zu. Obwohl laut Umfragen (etwa des Verbands Erziehung und Bildung) Lehrkräfte hier stärker aktiv werden würden, nutzt Rot-Grün die Chancen der Digitalisierung für den Schulunterricht jedoch nur unzureichend. Nordrhein-Westfalen hat auch im Bundesländervergleich nur mittelmäßig abgeschnitten:

- Im "**Länderindikator 2015 – Schule digital**" hat **NRW nur mittelmäßig** abgeschnitten. Nordrhein-Westfalen zählt zu den Bundesländern mit der geringsten Nutzungshäufigkeit von Hard- und Software durch Lehrkräfte pro Woche (Platz 14), bei der pädagogische Unterstützung ordnet sich NRW bei den Schlusslichtern ein, ebenso fordern hier Lehrkräfte überproportional klarere fachspezifische Regelungen zum Einsatz digitaler Technologien in den Lehrplänen. Auch bei Internetzugängen oder der technischen Unterstützung schneidet NRW im Vergleich der Bundesländer nur mittelmäßig ab.
- Auch die Folgestudie „**Länderindikator 2016**“ hat das nordrhein-westfälische Mittelmaß bestätigt, wobei sich die Schulministerin mit **diesem mittelmäßigen Abschneiden** offensichtlich auch noch abfindet, ja sich politisch sogar noch bestätigt sieht.
- Nordrhein-Westfalen agiert zu wenig dynamisch, um beherrscht die Chancen der Digitalisierung für die Schulbildung zu ergreifen. **Nordrhein-Westfalen gibt sich ein Leitbild "Lernen im Digitalen Wandel", das aber gerade auch in Bezug auf die Landesaktivitäten viel zu unambitioniert daherkommt.**
- Die grüne Schulministerin ist nicht bereit, eine wirklich umfassende **Fortbildungsoffensive zur Unterstützung der Lehrkräfte** in Zeiten des digitalen Wandels aufzulegen.
- Bei der **Novellierung der Lehrerausbildung** wurde z.B. mit lediglich einer Lehrprobe im Vorbereitungsdienst, die in besonderer Weise Fragen der Medienkompetenz und des lernfördernden Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechniken einbezieht, eine große **Chance zur besseren Ausbildung der Lehrkräfte** vertan.
- Das trotz Rekordsteuereinnahmen schuldenfinanzierte **Programm „Gute Schule 2020“** umfasst letztlich nur 2 Milliarden Euro. Da der Sanierungsbedarf nordrhein-westfälischer Schulen auf inzwischen mindestens 7 Milliarden Euro geschätzt wird, dürfte durch Sanierungszwänge etwa bei Sanitäreinrichtungen auch im Zuge dieses Programms **die dringend benötigte digitale Ausstattung oftmals zu kurz kommen.**

- Bezeichnenderweise sind von der Finanzierung aus dem Programm „Gute Schule 2020“ jedoch so genannte „geringwertige Wirtschaftsgüter“ ausgeschlossen, so **dass z.B. viele Tablets selbst als „Sammelbestellung“ ausgeschlossen sind.**
- Bei dem von der Bundesbildungsministerin angekündigten „**Digitalisierungsprogramm für Schulen**“ der **Bundesebene** handelt es sich gegenwärtig lediglich um eine Absichtserklärung.

## 10. Lehrerversorgung/ Unterrichtsausfall:

An vielen Schulen ist die Lehrerversorgung unzureichend, so dass Fachunterricht entfällt, gleichzeitig verweigert Rot-Grün eine schulscharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls:

- Die Landesregierung hat auf Zeit gespielt und **jahrelang gar keinen Unterrichtsausfall mehr erhoben.** Zunächst wurde unnötig Geld für eine **wissenschaftlich fragwürdige Studie** zum Fenster hinausgeworfen, die belegen sollte, dass Unterrichtsausfall inhaltlich gar nicht problematisch sei. Schließlich wurde eine bereits vom Landesrechnungshof als völlig unzureichend bewertete Erhebungsmethode gewählt, wonach als Ergebnis an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen angeblich **nur 1,7 Prozent des Unterrichts entfallen** sind. Nach deutlichem Druck hat Frau Löhrmann das Thema an die Bildungskonferenz delegiert, wo man sich auf eine zwar erweiterte, aber unzureichende Erhebung „verständigt“ hat. Diese wird aber bezeichnenderweise **nicht mehr vor der Wahl** durchgeführt.
- An vielen Schulformen bestehen erhebliche **strukturelle Lücken bei der Lehrerversorgung (Kienbaumücke)**, so dass verpflichtender Unterricht vielfach nicht erteilt werden kann: Laut Bericht zur Unterrichtsversorgung zum Schuljahr 2016/2017 besteht eine **strukturelle Unterversorgung an Berufskolleg von 1.401, an Gymnasium von 1.015, an Gesamtschulen von 855, an Hauptschulen von 269 und an Förderschulen/zur sonderpädagogischen Förderung von 66 Stellen.**
- Trotz dieser bereits bestehenden strukturellen Lehrerstellenlücken hat Rot-Grün **an Gymnasien rund 2.000 Stellen nach dem Doppeljahrgang und an Berufskollegs 500 Lehrerstellen gestrichen.**
- **MINT-Lehrkräfte:** An weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen wird laut Prognosen im Auftrag der Telekom-Stiftung zum Jahr 2025 von den derzeit rund 52.000 Fachkräften knapp die Hälfte aus dem Schuldienst ausscheiden. In den Fächern Technik, Physik und Chemie werden um 2025 nur **zwischen**

**etwa 20 und knapp 50 Prozent des Lehrkräftebedarfs gedeckt** werden können. Dringenden Handlungsbedarf bezeichnete die SPD dennoch als „überzogen“.

- **Fast 7.000 Stellen sind mit kw-Vermerken (künftig wegfallend) versehen.** Nach der Landtagswahl plant Rot-Grün einen **massiven Abbau von Lehrerstellen**, der ohne einen Einstellungskorridor zu einem extremen Fachlehrermangel an vielen Schulen führen wird. Frau Löhrmann erklärt hierzu im Schulausschuss, dass man den geplanten Stellenabbau zu gegebener Zeit prüfen werde. Gleichzeitig erklärt das Finanzministerium parallel im Finanzausschuss, dass geplant ist, **alle in der Finanzplanung befindlichen kW-Vermerke zu realisieren.**